

terlandes gelehrt würde. Die übrigen beziehen sich auf die Kenntniß von solchen Gegenständen, welche in jedem Verhältniß des bürgerlichen Lebens nothwendig sind, z. B. die Kenntniß von Maß und Gewicht u., denn es trete der Mensch künftig in ein Verhältniß, in welches er wolle, so muß er diese Kenntniß besitzen, wenn es nicht zu seinem eignen Schaden gereichen soll. Viele Besorgnisse sind in Bezug auf §. 10. bis 12. des Gesetzes gehegt worden, und ich muß daher um Erlaubniß bitten, damit doch die Besorgniß wo möglich gehoben werde, ehe wir an diese §§. kommen, Ihnen darüber eine nähere Erklärung zu machen. §. 10. ist ausgesprochen: „jede öffentliche Elementarschule muß einen bestimmten Schulbezirk haben, oder es muß festgesetzt sein, welche von den im Orte überhaupt vorhandenen Kindern aufzunehmen sind, oder aufgenommen werden können. In der Regel ist in jedem größern Dorfe, wenn in solchem mehr als 50 schulfähige Kinder vorhanden sind, eine Schulanstalt zu errichten, und das Dorf bildet alsdann den Schulbezirk.“ Hiermit hat es, wie aus dem folgenden §. hervorgeht, keineswegs den Zweck, als ob man die Kinder, welche aus nahen Orten eine Schule besuchen, von dieser Schule ausschliesse, und in diesen Orten eine eigne Schule gründen wolle, sobald die Zahl derselben 50 übersteigt, sondern es hat nur den Sinn, daß, wenn solche Verhältnisse vorwalten, wo nicht ohne Nachtheil für den Schulzweck eine solche Verbindung fortbestehen kann, weil z. B. der Schulbesuch sehr oft unterbrochen wird, in diesem Falle bei einer Zahl von 50 Kindern in der Regel nun eine Ausschulung eintreten solle, weil bei einer solchen Zahl der Schaden sonst zu bedeutend sein würde; aber keineswegs war die Absicht dabei, daß eine große Schule, wenn 50 Kinder aus einem andern Orte dahin gehen, getrennt werden soll. Was es überhaupt damit für eine Bewandniß habe, werde ich Ihnen noch deutlicher machen, wenn ich einige §§. aus der entworfenen Verordnung, welche das Gesetz begleiten soll, mittheile. Es sind nämlich die §§. 7. u. 8., und diese lauten:

§. 7. „Jeder Schulbezirk muß vollständig abgegrenzt, von der Lage des Schulhauses, als dem Mittelpunkt aus, möglichst abgerundet sein und sich nicht leicht über eine halbe Stunde im Halbmesser ausdehnen, wobei jedoch einzelne, zerstreut und abge sondert liegende Häuser nicht in Betracht kommen.“

§. 8. (Zu §. 12.) 1) „Bei Abtheilung der Schulbezirke sind, so viel möglich, folgende Grundsätze in Anwendung zu bringen: a) Jede, von Einem Lehrer besorgte, Schule ist in der Regel in zwei, nicht gleichzeitig, sondern nach einander, zu verschiedenen Tageszeiten zu unterrichtende, Classen zu theilen. b) Ein Lehrer kann bei dem Unterrichte, wenn dieser seinen Zweck vollständig erreichen soll, nicht mehr als 50 bis 60 Kinder in Einer Classe oder Abtheilung beisammen haben. c) Steigt die Zahl der Kinder einer Classe über 60, so ist der Ueberfüllung der Classen durch eine neue Abtheilung des Cötus vorzubeugen. d) Jede Classe muß, so fern nicht der sogleich unter 2. namhaft zu machende Fall vorhanden ist, täglich wenigstens einen dreistündigen Unterricht (§. 139.) erhalten. 2) Aus Vorstehendem folgt, daß Ein Lehrer in der Regel nicht mehr als zwei Abtheilungen (mit einer Gesamtzahl von höchstens 120 Kin-

bern) versorgen kann. Eine dreifache Classenabtheilung (mit einer Gesamtzahl von höchstens 180 Kindern) allein zu übernehmen, würde daher einem Lehrer nur ganz besonderer Umstände wegen, und zwar nur unter folgenden Bedingungen zu gestatten sein: a) daß er weder durch kirchliche noch durch andere Nebengeschäfte verhindert wäre, allen drei Classen zusammen im Sommer wenigstens 8, im Winter 7 tägliche Stunden unverkürzt zu widmen, und b) daß derselbe in körperlicher und geistiger Hinsicht die zu einem so mühsamen Geschäfte nöthige Kraft und Gewandtheit besäße. 3) Beträgt die Zahl der schulfähigen Kinder eines Bezirks resp. über 120 oder 180, so ist entweder ein zweiter ständiger Lehrer, oder ein Hilfslehrer (Schulgehilfe, Schuladjutant) anzustellen, und nach Befinden eine zweite Schulstube anzulegen oder einzurichten. 4) Kommt hierbei noch in Betracht, daß die zum Schulbezirk gehörigen Orte oder Ortsteile von dem Schulhause zu weit entfernt (§. 7.), oder daß die dahin führenden Wege mit Gefahr für die Kinder verbunden sind, so ist auf die Anlegung eines neuen Schulhauses an einem hierzu geeigneten Orte Bedacht zu nehmen. 5) In wiefern einem Schullehrer ausnahmsweise von der unter 1. a. aufgestellten Regel, nachgelassen werden könne, sämtliche Schulkinder, sowohl Vorm- als Nachmittags beim Unterrichte zusammenzunehmen, ist der Beurtheilung und dem Ermessen der vorgesetzten Schulbehörde anheim zu geben.“

Ich glaube, durch diese Bestimmungen werden sich die Besorgnisse vielleicht heben, weil Sie daraus ersehen, daß man weit entfernt ist, nachtheilige Maßregeln für die Gemeinden hier zu treffen. Ich werde die übrigen Erörterungen, welche gegen den Gesetzentwurf gemacht wurden, übergehen, weil sie schon von andern geehrten Mitgliedern der Kammer ihre Entgegnung gefunden haben, und zum Theil auch in die specielle Berathung gehören; nur einige derselben, die, da sie durch die Veröffentlichung unserer Landtagsverhandlungen in's Publicum kommen, die Absichten der Regierung und insonderheit des Cultusministeriums in ein ungünstiges Licht stellen könnten, muß ich noch kürzlich berühren. Es wurde nämlich die Aeußerung gemacht, als wenn es künftig keine gut dotirten Volksschullehrerstellen mehr geben und so der Reiz, sich dem Schullehrerstande zu widmen, wegfallen würde, und daß die Schullehrer, welche gegenwärtig angestellt sind, an ihrem Einkommen verlieren sollten. Diese Folgen möchte das Gesetz nicht haben; denn es ist ja nicht die Absicht, daß man die früher besser dotirten Stellen verkürzen will; es handelt sich hier nur darum, daß die Stellen, welche ein zu niedriges Einkommen gewähren, sei es durch Mittel der Gemeinden, sei es durch Staatsmittel auf ein besseres Verhältniß gebracht werden. Die jetzt angestellten Lehrer werden das, worauf sie bei ihrer Berufung gegründeten Anspruch hatten, auch ferner behalten; nur das jetzt bei ungebührlicher Anzahl der Schulkinder neuerlich bezogene Schulgeld soll nicht als Gegenstand der Entschädigung betrachtet werden. Man hat ferner geglaubt, es sei eine Härte, was die Anforderungen an einen selbstständigen Lehrer anlange, daß namentlich das 24jährige Alter erfordert werde. Nun muß ich aber gestehen, daß eben das ein Krebschaden gewesen ist, an welchem